

Direkt aus den Fraktionen

Der Luzerner Kantonsrat trifft sich ab Montag zu seiner Septembersession. Angesetzt sind zweieinhalb Tage, am Dienstagnachmittag begeben sich die Fraktionen traditionellerweise auf ihre Ausflüge.

Gespannt sein darf man auf die Auftritte der drei neuen Regierungsmitglieder Michaela Tschuor (Mitte), Armin Hartmann (SVP) und Ylfete Fanaj (SP). Alle drei waren vor ihrer Wahl in die Regierung Mitglieder des Kantonsrats und werden nun erstmals eine Session auf

der Regierungsbank in der Mitte des Kantonsratssaals erleben. Bei den Sachgeschäften dürfte vor allem die Reform des Lohnsystems in der Verwaltung zu reden geben. Die zuständige Kommission stimmte der Vorlage in der Vorberatung nur knapp zu. Die Regierung will mit der Reform mehr Spielraum nach oben bei den obersten Verwaltungskadern erzielen, um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt gegenüber anderen Kantonen zu verbessern.

Mitte

Jahrhundertprojekt für die Zentralschweiz

Die Antwort der Regierung auf ein Postulat der Mitte bestätigt eindrücklich, wie wichtig der Durchgangsbahnhof (DBL) für den Kanton Luzern ist. Aber mehr noch: Der DBL ist grösser als Luzern. Dieser ist ein Meilenstein für die ganze Zentralschweiz! Mobilität muss in grösseren Räumen gedacht werden. Das zeigt auch die Problematik rund um den neuen Fahrplan, die durch einen anderen Vorstoss an der Session thematisiert wird: Luzern verliert bereits heute mehr und mehr wichtige Anschlüsse. Bis der DBL also realisiert ist, müssen wir alles daransetzen, dass Luzern und

somit die ganze Zentralschweiz nicht abgehängt werden!

Die Mitte fordert darum den Kantonsrat und die Regierung eindringlich auf, sich in Bundesbern mit aller Kraft dafür einzusetzen. Die Finanzierung des DBL als Ganzes muss in den nächsten Ausbauschnitt (Botschaft 2026) aufgenommen werden, wie dies der Kanton Luzern in der Stellungnahme zum Botschaftsentwurf 2023 klar fordert. Dazu braucht es auch ein klares Bekenntnis zur Abstellanlage in Dierikon.

Der permanente Einbezug der Gemeinden, Nachbarkantone und Grundeigentümer muss

laufend entsprechend dem Projektstand intensiviert werden. Fazit: Der DBL muss so rasch wie möglich umgesetzt werden. Die Mitte fordert alle Beteiligten auf, in Luzern die Hausaufgaben zu machen und in Bundesbern zu lobbyieren. Wir hoffen, der Kantonsrat unterstützt unser Anliegen uneingeschränkt.



Urs Marti, Zell

SVP

Lohnnebenleistungen müssen betrachtet werden

Mit der Botschaft B 159 soll das Lohnsystem der Verwaltung flexibler gestaltet werden, um konkurrenzfähig zu sein. Nebst der geplanten Erhöhung des Maximalwertes der oberen Lohnklassen wird auch der Minimalwert der untersten beiden Lohnklassen angehoben.

Die SVP würdigt die Anhebung des minimalen Lohnes bei den untersten Lohnklassen auf 52000 Franken pro Jahr. Eine Anhebung der Maximalwerte der oberen Lohnklassen lehnen wir ab. Es gilt, auch die Lohnnebenleistungen in die Gesamtbetrachtung mit einzubeziehen. Beispielsweise 14 bezahlte Feiertage,

5 Tage besoldeter Urlaub für ausserschulische Jugendarbeit, Möglichkeit eines Sabbaticals, 100 Prozent Lohnfortzahlung während maximal 730 Tagen, besondere Sozialzulage bis zu 250 Franken pro Monat, Dienstaltersgeschenke pro zehn Jahre, zehn Tage besoldeter Urlaub usw.

Mit der Anhebung der obersten Lohnklassen wird das Abwerben von Mitarbeitenden angekurbelt, sodass diese an anderen Orten fehlen und so keinen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels beitragen. Für Löhne, wie sie der Kanton heute schon bezahlt, muss in der Privatwirtschaft eine herausragende Quali-

fikation erfüllt sein. Gerade KMU können sich solche Gehälter nicht leisten. Zeitnah müssen alle Löhne der betroffenen Lohnklassen überprüft und angepasst werden, was zu indirekten Mehrausgaben führen und allenfalls auch die Gemeinden ohne eigenes Personalreglement belasten wird.



Isabelle Kunz-Schwegler, Triengen

FDP

Wir wollen die Solaroffensive vorantreiben

Das nationale Parlament hat im letzten Herbst die Solaroffensive beschlossen. Der Bundesrat setzte per 1. April 2023 drei Verordnungen in Kraft, welche die Umsetzung der Solaroffensive ermöglichen. Die Landesregierung schätzt, dass in den nächsten drei Jahren höchstens 200 Projekte ausgearbeitet werden. Um die Energiesicherheit zu gewährleisten, sollen so schnell wie möglich mindestens zwei Terawattstunden Strom zusätzlich mit Photovoltaik-Anlagen produziert werden. Doch nicht nur der Bau von Grossanlagen ist im Trend, auch zahlreiche mittlere und kleine Anlagen befinden sich in Planung.

Es stellt sich die Frage, wie gross die Hürden sind und mit welchem Zeitaufwand gerechnet werden muss, bis der erste Strom ins Netz eingespielt werden kann. Deshalb ist ein gutes Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Protagonisten von zentraler Bedeutung.

Die kantonalen und kommunalen Baubehörden, die Netzbetreiber, die Stromversorger, aber auch die PV-Betreiber müssen am gleichen Strick ziehen. Dabei ist es unausweichlich, dass alle Beteiligten transparent und mit offenen Karten spielen. Nur so können künftige «Kraftwerk»-Betreiber, welche Solarstrom in das öffentliche Netz ab-

geben wollen, die Investitions- und Betriebskosten planen und überwachen. Ist dies nicht gegeben, sind zahlreiche Projekte gefährdet. Genau diese Transparenz und Offenheit fordert die FDP in einem dringlichen Postulat. Sie verlangt, dass der Kanton Luzern und die Netzbetreiber die Umsetzung der Solaroffensive zügig vorantreiben.



Martin Birrer, Emmen

SP

Faire und transparente Löhne

Die Teuerung und der Fachkräftemangel beschäftigen nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch den Kanton Luzern als Arbeitgeber von rund 6000 Menschen. Auch diese brauchen ein verlässliches und modernes Lohnsystem.

Nach den Abbauprogrammen der vergangenen Jahre sind die kantonalen Löhne nicht mehr konkurrenzfähig. Deshalb schlägt der Regierungsrat nun Anpassungen vor: In erster Linie sollen die Kaderlöhne und damit auch die eigenen Löhne erhöht werden. Der Service public braucht unbestritten gute Führungspersonen. Wenn das Gros des Perso-

nals jedoch keinen Anstieg erhält, ist die Vorlage nicht ausgewogen.

Zudem soll das ganze Lohnsystem mit einer Tendenzkurve undurchsichtiger werden. Ein solches personalpolitisches Experiment kann die SP nicht mitverantworten. Dies nicht zuletzt auch deshalb, da viele kantonsnahe Organisationen und Gemeinden von den Veränderungen mitbetroffen sind. Da hilft es auch nicht, dass die untersten Löhne etwas angehoben werden.

Für die SP ist klar: Der Kanton Luzern braucht ein faires und transparentes Lohnsystem – und zwar für alle Mitarbeiten-

den. Die Lohnmöglichkeiten müssen deshalb für alle Personalstufen erhöht werden. So können wir vorausschauend den Lohn als ein Puzzleteil im Kampf gegen den Fachkräftemangel nutzen.



Maria Pilotto, Luzern

Grüne

Zukunftsfähiger Schutz für den Baldeggersee

Der Baldeggersee ist ein wertvolles Erholungsgebiet für die Bevölkerung und ein Hot-Spot der Biodiversität. Dank den weitgehend natürlichen Ufern bietet der See vielfältigen Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen.

Der See selbst ist aber nicht gesund: Die übermässigen Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft mit der hohen Nutztierhaltung belasten den See so stark, dass zu viele Algen darin wachsen. Die Algen bilden leberschädigende Gifte und Nervengifte. Weil nach wie vor zu viel Phosphor in den Baldeggersee gelangt, muss er mit Sauerstoff belüftet werden.

An der kommenden Session diskutiert der Kantonsrat über ein Postulat, welches die Anpassung der Schutzverordnung des Baldeggersees fordert. Landwirtschaftsbetriebe, die ihre Tierbestände senken und zukünftig auf Obst-, Gemüse- oder Beerenproduktion setzen wollen, können dies wegen der bestehenden Vorschriften in der Landschaftsschutzzone nicht tun.

Aus Sicht der Grünen soll diese Umstellung von Tiermastbetrieben in die pflanzliche Produktion jedoch möglich werden. Dafür müssten beispielsweise das Erstellen von Hagelschutznetzen oder andere Vorrichtun-

gen für Obstanlagen oder Gemüsebau in der Landschaftsschutzzone erlaubt werden. Das unterstützen wir.

Hingegen ist für uns Grüne klar: Die Wasserschutz- und Naturschutzzone darf nicht geschwächt werden! Der See braucht unseren Schutz, auch für die nächsten Generationen.



Laura Spring, Luzern

GLP

Der Kanton Luzern ist nicht mehr konkurrenzfähig

Der Fachkräfte-beziehungsweise Arbeitskräftemangel ist Fakt und in vielen Branchen ein Thema, so auch in den kantonalen Verwaltungen. Besonders auf Kaderebene können wichtige Stellen nicht mehr besetzt werden, da wir im interkantonalen Vergleich seit längerem nicht mehr konkurrenzfähig sind. Viele gut qualifizierte Fachleute wandern ab, und Ersatz zu finden, erweist sich als äusserst schwierig.

Aus diesem Grund unterstützt die grünliberale Fraktion die vorgesehene Anpassung der Besoldungsordnung für das Staatspersonal. Mit der Einführung der Tendenzkurve und der

Möglichkeit einer liberaleren Erfahrungsbewertung hat die Verwaltung neu die Möglichkeit, unternehmerisch ausgerichtet zu agieren und Anreize für gute Leistungen zu schaffen. Hierfür braucht es aber natürlich die nötige Transparenz und ein gutes Controlling.

Mit der möglichen Erhöhung der Maximallöhne der obersten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, der gleichzeitigen Anhebung der Minimallöhne und der neu eingeführten Tendenzkurve sind wir überzeugt, dass der Kanton seine Verantwortung übernimmt, neue wichtige Fachkräfte findet und langjährige wertvolle Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter behalten kann. Diese Überarbeitung des Lohnsystems muss zeitnah auch bei den Lehrpersonen passieren, denn auch hier müssen wir im interkantonalen Vergleich konkurrenzfähig sein. Wir Grünliberalen setzen uns für eine faire Entlohnung aller kantonalen Verwaltungsangestellten ein.



Angelina Spörri, Eschenbach

Fragen zur Freiheit sind existenziell

Genau zum 225. Jahrestag des traumatischen Franzoseneinfalls in Nidwalden erscheint ein neues Buch mit dem Titel «Zweierlei Freiheiten». Die historische Revue betrachtet die Geschehnisse aus unterschiedlichen Sichtweisen.

Philipp Unterschütz

«Was bedeutet für Sie persönlich Freiheit?» «Lohnt sich Widerstand?» Geht es um den Franzoseneinfall vom 9. September 1798 (siehe Box unten) in Nidwalden, dem wohl traumatischsten Ereignis in der Geschichte des Kantons, stellen sich fast unweigerlich solche Fragen. «Sie weisen weit über das bestimmte Ereignis hinaus. Sie heben sich vom Alltäglichen und Flüchtigen ab. Sie sind existenziell.»

Das halten die Professoren Peter Gautschi und Kurt Messmer von der Pädagogischen Hochschule Luzern in ihrem neuen Werk fest. Unter dem Titel «Zweierlei Freiheiten» haben die beiden Historiker und Geschichtsvermittler ein wichtiges Buch zum Franzoseneinfall veröffentlicht. Just am 225. Jahrestag der schrecklichen Geschehnisse wird es heute Samstag, 9. September, der Öffentlichkeit in der Sust in Stansstad vorgestellt.

Unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit

Freiheit ist ein ganz wichtiger Begriff, nicht erst seit Corona oder den Ereignissen in der Ukraine, sind sie überzeugt. «Darüber nachzudenken ist zentral», sagt Kurt Messmer. Denn wie sich auch im Buch zeigt, gibt es ganz unterschiedliche Vorstellungen davon. So war Freiheit eines der Ideale der Französischen Revolution. Demgegenüber war Nidwalden überzeugt, seine eigenen Vorstellungen von Freiheit gegen diese neuen Ideen verteidigen zu müssen. Eben: «Zweierlei Freiheiten».

Die historische Revue, wie die Autoren ihr Werk bezeichnen, ist ein eigenes Werk und zugleich eine Ergänzung zum Projekt «Erinnerungswegen am Bürgenberg», das sie im Rahmen der 600-Jahr-Jubiläumsfeier in Stansstad 2020 zusammen mit Kollegen für die Gemeinde umsetzten. An originalen Schauplätzen wird dort die Geschichte des Franzoseneinfalls vom 9. September 1798 auf Stansstader Gemeindegebiet vermittelt. Die Ereignisse spielten sich ja nicht nur auf dem Allweg oder bei Stans ab. Wer den Weg auf dem Bürgenberg erwandert, trifft auf elf Wegmarken mit je zwei spannenden, berührenden und teilweise erschütternden Geschichten.

Verstehen anstatt richten

In ihrem neuen Werk setzen Peter Gautschi und Kurt Messmer auf das gleiche Konzept wie schon bei den Erinnerungswegen. Beide Seiten kommen zu Wort, und es wird nicht gefragt, wer sich richtig oder falsch verhalten hat. «Wenn wir uns mit der Vergangenheit befassen, sind wir nicht aufgerufen, Gericht zu halten. Vielmehr wollen wir versuchen, sowohl das Handeln als auch das Unterlassen



Die Historiker und Geschichtsvermittler Kurt Messmer (links) und Peter Gautschi haben zusammen das Buch «Zweierlei Freiheiten» verfasst.

Bild: Marco Von Ah/PD

früherer Generationen zu verstehen. Zu diesem Zweck versetzen wir uns in die Lage der Nidwaldner und der Franzosen», halten sie im Vorwort fest. Im Gespräch präzisieren sie, dass Geschichtsvermittlung ihrer Meinung nach nicht dogmatisch sein darf. Und die unvoreingenommene Gegenüberstellung der zwei Seiten kommt an. «Für viele Leute wirkt es fast befreiend, die Ereignisse aus zwei unterschiedlichen Optiken zu betrachten», weiss Peter Gautschi.

Das Packende am Buch liegt zum einen daran, dass sich mit dem Franzoseneinfall auf einmalige Weise die Weltgeschichte mit der lokalen Ge-

schichte hier in Nidwalden verbindet. Man muss aber gar nicht unbedingt speziell an der Geschichte der Französischen Revolution oder der Helvetik interessiert sein.

Historische Bildung ist mehr als nur Wissen

Die beiden Historiker und Geschichtsvermittler setzen gekonnt verschiedene Mittel und Wege ein, um das Interesse hochzuhalten. Beispielsweise das Prinzip der Gegenüberstellungen, häufig auf Doppelseiten. Dazu gibt es vielfältige Einblicke in das historische Metier. Und ganz wichtig: das Buch ist klar strukturiert, leicht lesbar und reich bebildert.

Menschen interessieren sich für Menschen und ihre Geschichten. So begegnet man immer wieder historisch verbürgten und fiktiven Schicksalen von Personen. Ergreifend ist beispielsweise die Geschichte von Gensjäger Aloisi Allweger (angelehnt an Gottfried Keller), der «in einer gespenstischen Atmosphäre» kurz vor dem 9. September noch seine Klara heiraten kann und dann in den Kampf ziehen muss. «Es läuteten nicht die Hochzeitsglocken, sondern die Sturmglocken», so Aloisi und Klara schildert den Moment der Trennung so: «Ich stand und verschlang ihn mit den Augen, bis die wehenden Federn und

Bänder an seinem Strohhut unter den Baumwipfeln unter mir verschwanden. Dann lauschte ich dem Aufruhr in der Tiefe und lief heftig weinend und hastig zu unserem Haus zurück, um es zu bewachen.» Nur so viel sei hier verraten, die Geschichte nimmt ein tragisches Ende.

Das Buch von Peter Gautschi und Kurt Messmer ist zugleich ein permanentes Angebot zur Reflexion. Es sind nicht etwa Wissensfragen, welche die beiden Autoren den Leserinnen und Lesern stellen, sondern Impulse, die zum Nachdenken anregen. Von der Vergangenheit zu erzählen, macht für die beiden nur dann Sinn,

Die Geschichte der Veronika Gut

«Unbeirrbar rebellisch»: Unter diesem Titel findet sich im Buch die ebenso spannende wie tragische Geschichte der Stanser Bauerntochter Veronika Gut (1757–1829). Ihr Widerstand «übersteigt viele andere Beispiele an Entschlossenheit, Hefigkeit, Radikalität, Ausdauer», schreiben die Autoren. Gut war zweimal verheiratet und hatte sieben Kinder.

Nicht nur unterstützte sie den Widerstand gegen die neue Ordnung der Helvetik mit viel Geld und Waffen. Sie verlor gar fünf ihrer sieben Kinder. Der älteste Sohn starb 1798 im Kampf, vier Töchter ertranken 1801 auf der Flucht vor einem weiteren vermeintlichen Franzoseneinfall, der aber gar nicht stattfand. Sie gab aber nicht auf, trotz Verhaftungen und drakonischen Strafen. In der Rubrik «Geschichte weiterdenken» steht die Frage: «Handelt es sich beim Widerstand unter grössten Opfern bei Veronika Gut um Grundsatztreue, Standfestigkeit oder um Unbelehrbarkeit, Sturheit?» (unp)

wenn die Berichte dazu anregen, über das Vergangene nachzudenken. «Historische Bildung ist mehr als das Aneignen von Wissen. Die Reflexion gehört unmittelbar dazu.»

Weitere Ideen

Die gründliche Arbeit schon an den Erinnerungswegen zum Franzoseneinfall und jetzt am Buch «Zweierlei Freiheiten» zeigt auch, wie sehr die beiden Historiker und Geschichtsvermittler selber vom Thema fasziniert sind. «Darüber hinaus war die Zusammenarbeit für mich eine grosse Bereicherung», hält Kurt Messmer fest. Und wie Peter Gautschi ergänzt, ist das Vermittlungskonzept auch für andere geschichtliche Ereignisse anwendbar. Erste Ideen sind bereits vorhanden.

Wie zeitlos das Buch ist, zeigt schliesslich eine Frage, die im Zuge der Ereignisse im Osten ebenso aktuell bleibt wie hierzulande unmittelbar vor den Wahlen im Oktober. «Oben bleiben, ist das heute noch ein Ziel für Politikerinnen und Politiker? Wann kippt Anpassungsfähigkeit in Skrupellosigkeit?»

Hinweis

Die öffentliche Buchvernissage von «Zweierlei Freiheiten» findet heute Samstag, 9. September, 17 Uhr, in der Sust in Stansstad statt. Das Buch von Kurt Messmer und Peter Gautschi umfasst 190 Seiten, ist vierfarbig und im Pro Libro/Weber Verlag AG Thun erschienen. ISBN 978-3-905927-73-3. Es ist erhältlich im Buchhandel, 29 Franken.

Der Franzoseneinfall 1798

Geschichte Mehr als 90 Prozent der Menschen in der alten Eidgenossenschaft waren Untertanen. Die Beseitigung dieser Ungleichheit war ein wichtiger Grund für die Franzosen, die Schweiz 1798 zu besetzen und die Helvetische Republik auszurufen. Die Ideen der Aufklärung, welche die Franzosen im Zuge der Französischen Revolution mitbrachten, wurden unterschiedlich aufgenommen. Während in Basel oder der Romandie gejubelt wurde, dankten in Luzern die Patrizier ab.

Obwalden und Hergiswil leisteten den Eid auf die neue Verfassung. Bern und Nidwalden wehrten sich. Am 9. Sep-



Nicolas Périgon (1726–1782), Stans von der Bluematt aus, vor 1780; die Kampfszene wurde um 1820 von unbekannt aufgemalt, kolorierter Kupferstich, Privatbesitz.

Bild: PD

tember 1798 stürzten sich insgesamt 1600 Nidwaldner in einen aussichtslosen Kampf gegen 10 000 Soldaten des französischen Generals Schauenburg. Er lässt Stans von allen Seiten her angreifen, im befestigten Stansstad wird der Angriff abgewehrt. In Kehrsiten müssen die Nidwaldner angesichts der Übermacht zurückweichen.

Der entscheidende Durchbruch gelingt den Franzosen am Allweg. Es sterben im Kampf rund 100 Nidwaldner und ebenso viele Franzosen. In den Massakern, die darauf folgen, kommen mindestens 300 Menschen um, darunter viele Frauen und Kinder. (unp)